

## Bekanntmachung vergebener Aufträge

### Ergebnisse des Vergabeverfahrens

#### Bauftrag

#### Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

##### I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Stadt Arnsberg Fachdienst Beschaffung/Vergaben

Postanschrift: Nedereimerfeld 22

Ort: Arnsberg

NUTS-Code: DEA5 Arnsberg

Postleitzahl: 59823

Land: Deutschland

E-Mail: [s.gillert@stadtwerke-arnsberg.de](mailto:s.gillert@stadtwerke-arnsberg.de)

##### **Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.arnsberg.de](http://www.arnsberg.de)

##### I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

##### I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

##### I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

##### II.1) **Umfang der Beschaffung**

##### II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Sanierung Rathaus Arnsberg, Rathausplatz 1, 59759 Arnsberg, Erdarbeiten und Altlastensanierung

##### II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

45112500 Erdbewegungsarbeiten

##### II.1.3) **Art des Auftrags**

Bauftrag

##### II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Das zwischen 1965 und 1968 erbaute ehemalige Rathaus der Stadt Neheim-Hüsten, seit dem Zusammenschluss der Gemeinden nun Verwaltungssitz der Stadt Arnsberg, wird saniert. Der Flachtrakt des Verwaltungsgebäudes wird vollständig zurück gebaut. Der achtgeschossige Büroturm (Hochtrakt) wird bis

auf den Rohbau (Stahlbetonskelett) entkernt und saniert. Der Hochtrakt wird anschließend umgebaut und neugestaltet. Der Flachtrakt wird neu errichtet.

Für diese Arbeiten ist die Erstellung von Baugruben zum Rückbau des Flachtrakts einschließlich seiner Fundamente und zur Sanierung des Hochtrakts im Bereich von Unter- und Tiefgeschoss bis zur Oberkante der Fundamente erforderlich.

Aufgrund der industriellen Vornutzung des Geländes, sind dazu umfangreiche Bodensanierungsarbeiten erforderlich.

Vor der Errichtung des Rathauses befanden sich auf dem Grundstück u.a. eine Holzeisigdestillation und eine Lackfabrik sowie Gebäude und Anlagen weiterer industrieller Nutzungen, weshalb das Flurstück im Altlastenkataster des Hochsauerlandkreises als Verdachtsfläche aufgenommen wurde. Neben unauffälligen Auffüllungen und gewachsenen Böden wurden daher in diversen Untersuchungen Schlacken und Aschen sowie Farb- und Ölreste angetroffen. Darüber hinaus konnten polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Schwermetalle, aromatische Kohlenwasserstoffe der BTEX-Gruppen (Benzol, Toluol, Ethylbenzol und Xylol) und Phenole im Boden bzw. im Grundwasser nachgewiesen werden.

Das gesamte Gelände ist, vermutlich aus Gründen des Hochwasserschutzes, ca. 3,50 m bis 4,00 m hoch aufgefüllt.

#### II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

#### II.1.7) **Gesamtwert der Beschaffung (ohne MwSt.)**

Wert ohne MwSt.: 2 892 360.68 EUR

#### II.2) **Beschreibung**

##### II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEA5 Arnsberg

Hauptort der Ausführung:

Rathausplatz 1, 59759 Arnsberg

##### II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Das zwischen 1965 und 1968 erbaute ehemalige Rathaus der Stadt Neheim-Hüsten, seit dem Zusammenschluss der Gemeinden nun Verwaltungssitz der Stadt Arnsberg, wird saniert. Der Flachtrakt des Verwaltungsgebäudes wird vollständig zurück gebaut. Der achtgeschossige Büroturm (Hochtrakt) wird bis auf den Rohbau (Stahlbetonskelett) entkernt und saniert. Der Hochtrakt wird anschließend umgebaut und neugestaltet. Der Flachtrakt wird neu errichtet.

Für diese Arbeiten ist die Erstellung von Baugruben zum Rückbau des Flachtrakts einschließlich seiner Fundamente und zur Sanierung des Hochtrakts im Bereich von Unter- und Tiefgeschoss bis zur Oberkante der Fundamente erforderlich.

Aufgrund der industriellen Vornutzung des Geländes, sind dazu umfangreiche Bodensanierungsarbeiten erforderlich.

Vor der Errichtung des Rathauses befanden sich auf dem Grundstück u.a. eine Holzeisigdestillation und eine Lackfabrik sowie Gebäude und Anlagen weiterer industrieller Nutzungen, weshalb das Flurstück im Altlastenkataster des Hochsauerlandkreises als Verdachtsfläche aufgenommen wurde. Neben unauffälligen Auffüllungen und gewachsenen Böden wurden daher in diversen Untersuchungen Schlacken und Aschen sowie Farb- und Ölreste angetroffen. Darüber hinaus konnten polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK),

Schwermetalle, aromatische Kohlenwasserstoffe der BTEX-Gruppen (Benzol, Toluol, Ethylbenzol und Xylol) und Phenole im Boden bzw. im Grundwasser nachgewiesen werden.

Das gesamte Gelände ist, vermutlich aus Gründen des Hochwasserschutzes, ca. 3,50 m bis 4,00 m hoch aufgefüllt.

Folgende Arbeiten sind im Einzelnen vorgesehen:

- Freilegen der erforderlichen Arbeitsräume
- Errichten der Baugrube für den Rückbau der Einzelfundamente
- Ausbau von kontaminierten Böden in zwei Hotspotbereichen, südlich angrenzend an die Baugrube des Hochtraktes sowie östlich des Rathauses
- Ausbau von kontaminierten Böden zwischen und unterhalb der Fundamente des Flachtrakts
- Bauwasserhaltung einschließlich Grundwasserreinigung
- Bodenentsorgungsarbeiten
- Errichtung und Unterhaltung einer bauzeitlichen Hochwasserschutzwand
- Errichtung einer bauzeitlichen Dachabdichtung und bauzeitlichen Ableitung des anfallenden Niederschlagswassers mittels bauzeitlich zu errichtenden Fallrohre und eine Rohrbrücke in den südlich verlaufenden Schmutzwasserkanal

#### II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Preis

#### II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

#### II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

#### II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

In Nordrhein-Westfalen gilt das Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG) NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.03.2018.

### **Abschnitt IV: Verfahren**

#### IV.1) **Beschreibung**

##### IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

##### IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

##### IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

#### IV.2) **Verwaltungsangaben**

##### IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2022/S 082-219963](#)

##### IV.2.8) **Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems**

##### IV.2.9) **Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation**

### **Abschnitt V: Auftragsvergabe**

**Auftrags-Nr.:** Ö 19/22

**Bezeichnung des Auftrags:**

Sanierung Rathaus Arnsberg, Erdarbeiten und Altlastensanierung

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

#### V.2) **Auftragsvergabe**

##### V.2.1) **Tag des Vertragsabschlusses:**

19/08/2022

**V.2.2) Angaben zu den Angeboten**

Anzahl der eingegangenen Angebote: 1

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 1

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 1

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

**V.2.3) Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde**

Offizielle Bezeichnung: Linkamp GmbH

Postanschrift: Völlinghauser Straße 39-41

Ort: Anröchte

NUTS-Code: DEA5B Soest

Postleitzahl: 59609

Land: Deutschland

Internet-Adresse: [www.linkamp-abbruch.de](http://www.linkamp-abbruch.de)

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

**V.2.4) Angaben zum Wert des Auftrags/Loses (ohne MwSt.)**

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 2 892 360.68 EUR

**V.2.5) Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen****Abschnitt VI: Weitere Angaben****VI.3) Zusätzliche Angaben:****VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren****VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Ort: Münster

Postleitzahl: 48147

Land: Deutschland

**VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein zulässiger Nachprüfungsantrag bei der unter Nr. VI. 4.1) genannten Vergabekammer kann allenfalls bis zur wirksamen Zuschlagserteilung gestellt werden. Eine wirksame Zuschlagserteilung ist erst möglich, wenn der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebotes und den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, in Textform informiert hat und seit

der Absendung der Information 15 Kalendertage (bei Versand per Telefax oder auf elektronischem Weg: 10 Kalendertage) vergangen sind.

Ein Nachprüfungsantrag ist zulässig, soweit -der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

-Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund dieser Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

-Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

Teilt der Auftraggeber einem Bieter mit, dass er einer Rüge nicht abhelfen will, so kann der betroffene Bieter wegen der Rüge nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen zulässigen Nachprüfungsantrag stellen.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

08/09/2022